

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder mienigentlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstell.: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO.16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1 Mk.
Bergütigungsangelegen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Die Weltrevolution.

Im Gefolge des Krieges schreitet die Revolution. Wir erleben weltgeschichtliche Umwälzungen, aber noch herrscht das Chaos, und die endgültige Gestaltung der Dinge läßt sich noch nicht absehen. In seiner Reichstagsrede vom 5. Oktober sagte der neue Reichskanzler, mit dem kaiserlichen Erlaß vom 30. September, der die Parlamentarisierung der Regierung gebracht hat, habe eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte begonnen. Das Wort ist richtig, vermutlich sogar in noch weit höherem Maße, als dem Sprecher vorschwebte.

Die Berufung der Volksregierung zum Zweck der Herbeiführung des Friedens bedeutete die Anerkennung der Tatsache, daß die alten Mächte in Deutschland abgewirkt haben. Die Niederlagen unserer Verbündeten auf dem Balkan und in Palästina waren schwere Schläge für unser Verteidigungssystem. Der Abfall Bulgariens, die Abschüttung der Türkei, der Nationalitätenhader in Oesterreich-Ungarn haben die militärische Position der Mittelmächte stark beeinträchtigt. Dazu kam der Umschwung an der Westfront. Es zeigte sich, daß wir es dort mit einer überwältigenden Uebermacht zu tun haben. Zwar gelingt es dem gewaltigen Ansturm der Feinde nicht, die deutsche Front zu durchbrechen, aber unsere Verteidigungsstellung muß immer weiter zurückverlegt werden.

Der von unsern Machthabern geflüstert genährte Traum von einem „Siegfrieden“ ist ausgeräumt. Wir müssen jetzt zu einem Frieden kommen, der nur für einen schweren Preis zu erlangen sein wird. Ton und Inhalt der Reden, mit denen der amerikanische Präsident Wilson das deutsche Friedensangebot beantwortet hat, lassen deutlich erkennen, daß die feindlichen Mächte die Absicht haben, den Uebermut des Siegers voll auszustoßen. So schmerzhaft das für uns, für die breite Masse des Volkes ist, die den Siegespreis zahlen muß, so müssen wir doch anerkennen, daß dieser Uebermut auf der Gegenseite nur zu begreiflich ist angesichts der Haltung, welche die maßgebenden Kreise bei uns all die Zeit hindurch eingenommen haben. Zwar hat sich die Mehrheit des Reichstages in der Resolution vom 19. Juli 1917 für den Verständigungsfrieden ausgesprochen, aber die Verfechter des Friedens ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen haben sich fortgesetzt nicht nur Verdächtigungen, sondern auch Verfolgungen ausgesetzt. Die Eroberungspolitik hatten die tatsächliche Macht in Händen. Ihr Wirken hat die Zahl der Feinde vermehrt, sie haben es verhindert, daß das Volk die Wahrheit über den Stand der Dinge erfährt. Die bürgerliche Regierung war nur eine Kulisse für den Militarismus, der in Wirklichkeit bei uns herrschte, und dessen Wirken man auf allen Gebieten verspürte. Hätte er sich nach außen als dauernd erfolgreich erwiesen, dann wäre auch seine Macht im Innern gesichert gewesen. Mit der Wendung des Kriegsglücks mußte seine Herrschaft zusammenbrechen.

Der Einfluß unverantwortlicher Ratgeber auf die Gestaltung der Geschichte des Reichs war im wesentlichen begründet in der Tatsache, daß die Reichsverfassung dem Kaiser in gewisser Hinsicht eine fast unbeschränkte Gewalt einräumt. So hat er das Recht, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Um Krieg zu erklären, bedurfte er bisher nur der Zustimmung des Bundesrats und auch diese war entbehrlich, wenn ein Angriff auf das Bundesgebiet erfolgt. Verträge mit fremden Staaten bedurften bisher der Zustimmung des Bundesrats nur dann, wenn sie sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung bezogen. Zu solchen Verträgen war auch die Genehmigung des Reichstags erforderlich. Der Artikel 11 der Reichsverfassung wird jetzt dahin geändert, daß zur Erklärung des Krieges und ebenso zum Abschluß von Friedensverträgen und solcher Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsverfassung beziehen, die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich ist. Dadurch wird die Machtbefugnis des Kaisers wesentlich eingeschränkt. Eine weitere Einschränkung bedeutet die Parlamentarisierung, das heißt die Berufung von Volksvertretern in die Regierung. Die Mitglieder der Regierung sollen künftig in der Hauptsache dem Reichstag entnommen werden. Der Kaiser soll die obersten Reichsämter künftig nicht mehr nach Belieben verteilen, sondern die Männer ernennen, die ihm von der Mehrheit des Reichstags präsentiert werden. Die Verfassungsänderungen, die jetzt vollzogen werden, bedeuten in Wahrheit eine Revolution. War bisher der Kaiser der eigentliche Träger der Macht, so geht diese nun auf den Reichstag über. All die unverantwortlichen Einflüsse auf die Entscheidungen des Herrschers verlieren künftig an Bedeutung, denn die Regierung wird nunmehr tatsächlich von den Beauftragten des Volkes ausgeübt.

Noch weit schärfer als in Deutschland tritt die Revolutionierung des Staatswesens in dem verbündeten Oesterreich-Ungarn in Erscheinung. Das Manifest des Kaisers Karl vom 16. Oktober verkündet das Ende des alten Oesterreichs. Ob allerdings die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat noch möglich ist, erscheint recht zweifelhaft. Die einzelnen Bestandteile des vielsprachigen Reiches

streben auseinander, und es läßt sich noch nicht absehen, was das Chaos dort noch gebären wird.

In ähnlicher Weise wie im Reich entwickeln sich die Dinge in den einzelnen Bundesstaaten. Das preussische Wahlrecht wird jetzt voraussichtlich sehr schnell unter Dach kommen, und auch in den anderen Bundesstaaten zeigt man einen auffälligen Eifer, dem Volkswillen Konzessionen zu machen. Allerdings nicht freiwillig, sondern um Schlimmeres zu verhindern. Dabei tritt das Streben, von der feindlichen Macht zu retten, was noch zu retten ist, mitunter gar zu aufdringlich hervor. Um nur ein Beispiel anzuführen, sei auf den Schlußsatz des Artikels 9 der Reichsverfassung hingewiesen. Die Regierungen der Bundesstaaten fürchten, daß ihre Souveränität Schaden leiden könnte, wenn sie in die Streichung des Satzes willigen: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein.“ Man sucht sich durch gekünstelte Konstruktionen über diese Notwendigkeit hinwegzuhelfen. Ob wohl dazu jetzt noch Zeit ist? Ähnlich ist es mit der ganz selbstverständlichen Forderung der Amnestie für politische Vergehen. Von der erlassenen Amnestie sind die Personen betroffen, welche durch Zivilgerichte und die außerordentlichen Kriegsgerichte verurteilt wurden, nicht aber die Opfer der ordentlichen Militärgerichte. Was will man damit erreichen, daß man die doch unvermeidliche Befreiung Liebkechts und anderer, die als Soldaten verurteilt wurden, um einige Tage hinauschiebt?

Wir wissen in diesem Augenblick noch nicht, ob die Regierung die demütigenden Bedingungen Wilsons für den Abschluß eines Waffenstillstandes annehmen wird. Im Interesse der Menschheit müßte es bedauert werden, wenn die Entente einen Frieden schloße, der ihren Nachgefolgern und Raubgelüsten freie Hand ließe. Die „Gesellschaft der Nationen“ würde auf diesem Wege ebensowenig zustande kommen wie die Sicherung eines dauernden Friedens. Der zu Ende gehende Krieg sollte doch zur Genüge gelehrt haben, welche furchtbare Folgen ein Friedensschluß hat, bei welchem der Sieger seinem Uebermut freien Lauf läßt.

Jetzt schreiben die feindlichen Kriegsheker und Anzweifler über einen „Siegfrieden“, den die neue Volksregierung im Begriff sei, abzuschließen. Lassen wir uns durch dieses Geschrei nicht irre machen. Die schwierige Lage, in welche Deutschland geraten ist, haben jene Deutepolitiker verschuldet, die bisher das Szepter in Händen hatten. Jene Agrarier, die sich an der Not des Volkes bereichert haben, jene schwerindustriellen Heereslieferanten, jene Kriegsgewinnler aller Art, die sich politisch als Alldeutsche, als Vaterlandsparteiler und in ähnlich gerichteten Organisationen zusammenfanden. Der ungeheure Schaden, der durch das Treiben der gekennzeichneten Kreise angerichtet wurde, muß jetzt von der neuen Regierung so gut wie möglich repariert werden.

Mit innigem Behagen würden es die alldeutschen Volksfeinde begrüßen, wenn der neuen Regierung durch politische Streiks und Putzsch die erste Schwierigkeiten bereitet würden. Die Arbeiterschaft ist klug und geschult genug, um ihren erbittertsten Feinden diese Genugtuung nicht zu bereiten. Wir brauchen die Revolution nicht hervorzurufen, es gehört nur wenig Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß wir uns mitten in der Revolution befinden, die sich konsequent und unaufhaltsam weiterentwickelt. Wir können den Gang der Revolution beeinflussen, aber nicht etwa durch die Entfesselung des blutigen Bürgerkrieges, sondern durch den festen Zusammenschluß der Arbeiter.

Blut ist in diesen furchtbaren Kriegsjahren überreichlich geflossen; es bedarf keines neuen Blutergießens, um die Richtung der politischen Entwicklung zu bestimmen. Daß die Reaktionen und Scharfmacher, die im neuen Deutschland ihre Felle fortzuschwimmen sehen, mit Sehnsucht in neue Unruhen herbeiwünschen, kann man sich denken. Sie selbst werden ihre kostbare Haut für alle Fälle in Sicherheit halten, aber sie würden sofort bei der Hand sein, aus solchen Vorkommnissen Gewinn für sich zu ziehen. In jüngster Zeit ist wieder versucht worden, die Arbeiter durch anonyme Handzettel auf die Straße zu locken und sie zu Demonstrationen zu veranlassen. Diesen Aufrufen ist nur in geringem Umfange Folge gegeben worden, denn die Masse der Arbeiter bringt solchen Zetteln, deren Herkunft sie nicht kennen, mit Recht Mißtrauen entgegen. Die Vermutung liegt nahe, daß sich reaktionäre Bestrebungen dahinter verbergen, und daß versucht wird, die Leichtgläubigkeit der Massen zu mißbrauchen. Deshalb gilt es Vorsicht zu üben. Wer im Dunkel der Anonymität versucht, die Arbeiter auf die Straße zu locken, der handelt bewußt oder unbewußt im Dienst der Volksfeinde.

Ueber der politischen Umwälzung, die sich vor unseren Augen vollzieht, dürfen wir aber auch die sozialen Folgen des bevorstehenden Friedensschlusses nicht vergessen. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß in unmittelbarem Gefolge des Krieges eine Arbeitslosigkeit von ungeheurem Umfang auftreten wird, verschärft durch die Jahreszeit, doppelt verschärft durch Mangel an Nahrungsmitteln und die ungeheure

Leistung. Die große Arbeitslosigkeit bedeutet zugleich eine sehr starke Gefährdung unserer gewerkschaftlichen Errungenschaften. Es ist denkbar, daß wir unter den schwersten Bedingungen Kämpfe führen müssen zur Abwehr von Lohnkürzungen und sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Nicht eindringlich genug kann auf diese Gefahr hingewiesen werden, welche der Arbeiterschaft für die nächste Zeit droht. Das einzige Mittel, dieser Gefahr vorzubeugen, ist Einigkeit! Noch nie tat der Arbeiterschaft die Einigkeit so dringend not wie in diesem Augenblick. Erkennen wir das Gebot der Stunde, stehen wir treu und fest zusammen, dann wird diese Weltrevolution, die wir erleben, letzten Endes doch zum Vorteil für die wertvolle Bevölkerung ausschlagen.

Belgische Möbel für Deutschland.

Die belgische Möbelindustrie arbeitet anscheinend jetzt in größerem Umfang für den deutschen Bedarf. Bei den deutschen Unternehmern des Holzgewerbes wird diese Hilfe begreiflicherweise mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. In einer Vollversammlung der Berliner Handwerkskammer berichtete deren Vorsitzender, Obermeister Rahardt, daß die städtische Verwaltung die Herstellung von Möbeln nicht dem Berliner Handwerk übertragen, sondern einen öffentlichen Wettbewerb veranstaltet habe, wobei ein Warenhaus den Auftrag für 500 Wohnungseinrichtungen erhielt. Von diesem Auftrag wurden ihm zwar 450 Einrichtungen entzogen, aber das Handwerk hat von dem Auftrag nichts gehabt. Außerdem berichtete Herr Rahardt, daß die „Hausrat-Gesellschaft“, an deren Spitze der Staatssekretär a. D. Dernburg steht, in Belgien 1000 Einrichtungen in Auftrag gegeben habe.

Wir haben für den Unwillen der Handwerksmeister, denen durch diese Konkurrenz die Aufträge, auf die sie gerechnet haben, entzogen werden, Verständnis, andererseits gönnen wir es aber auch unseren belgischen Kollegen, daß sie durch die aus Deutschland kommenden Aufträge wieder Beschäftigung in ihrem Beruf erhalten. Vermutlich bilden die für Deutschland bestimmten Möbel zurzeit die Grundlage für die Beschäftigung der Holzindustrie in Belgien. Darauf deutet auch ein im Organ des holländischen Möbelarbeiterverbandes in der Nummer vom 1. August veröffentlichter Brief hin, der einige Mitteilungen über den Zentralverband der belgischen Holzarbeiter enthält. Dieser Brief wird in deutscher Uebersetzung im „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“ abgedruckt und hat folgenden Wortlaut:

„Verschiedene Sektionen der Holzarbeiter-Zentrale bestehen noch. Sie umfassen alle Holzarbeiter, also auch die Möbelarbeiter. Das Sekretariat befindet sich noch immer im Volkshaus in Brüssel.

Es wird jetzt ein Kriegsbeitrag erhoben, die Arbeitslosen bekommen, um die Verbindung mit der Organisation aufrechtzuerhalten, einen Arbeitslosenstempel.

Zurzeit werden tausende Schlafzimmer angefertigt, und zwar für eine sogenannte „Holzzentrale“. Diese Möbel gehen über die Grenze zu unseren östlichen Nachbarn. Die Arbeiter führen jetzt mit dem Mittel der Organisation einen Kampf zur Verbesserung ihrer Lage, und zwar um eine Lohnerhöhung von 60 Prozent auf den Lohn von 1914 sowie um Einführung des achtstündigen Arbeitstages. In Brüssel sind bereits 50 Prozent bewilligt worden, während die Arbeitgeber den Arbeitern die Wahl lassen, entweder 8 oder 10 Stunden zu arbeiten.

Viele Mitglieder sind der von der Organisation ausgegebenen Parole gefolgt, jedoch andere, durch lange Entbehrungen zur Vermehrung ihrer Einnahmen getrieben, arbeiten freiwillig 9 und 10 Stunden und erschweren so den Kampf.

Es scheint aber zwischen den Arbeitgebern, die die Lieferung dieser Schlafzimmer übernommen haben, und der „Holzzentrale“ eine Abmachung getroffen zu sein, daß die Arbeitgeber sich gegenseitig nicht durch Auktion höherer Löhne die Arbeiter abspenstig machen sollen. Auch dies erschwert den Kampf.

Gleichwohl wird tüchtig gearbeitet, bei denen, die das Glück haben, noch arbeiten zu mögen.“

Was es mit der Herstellung von Möbeln in Belgien für eine Bewandnis hat, geht mit hinreichender Deutlichkeit aus dem nachfolgenden von der Kriegsamtstelle Düsseldorf versandten Rundschreiben hervor:

Kriegsamtstelle Düsseldorf
Abt. 2a. B. Nr. Rund 23.

Düsseldorf, den 20. August 1918.

An die kriegswichtigen Betriebe im Bereich der
Kriegsamtstelle Düsseldorf.

Beir. Beschaffung von Möbeln.

Die Rücksicht auf die Möbelherstellung im Möbelgeschäft, auch das Bestreben, den Werken und ihren Ange-

steilen dienlich zu sein, veranlassen die Kriegsamtstelle, Sie auf folgendes aufmerksam zu machen:

Militärischerseits sind in Belgien zu Beginn des Krieges große Lager von Holzern und Marmor beschlagnahmt worden. Auf Betreiben des Kriegswirtschaftsamtes in Brüssel hat sich aus rheinischen und westfälischen Möbelhändlern eine Rohstoffgenossenschaft gebildet. Diese übernimmt von der belgischen Möbelindustrie, welche drei Jahre stilllag und im Vergleich zu der deutschen ganz außerordentlich billige Löhnerhältnisse hat, die hergestellten Möbel. Die notwendigen Rohmaterialien, Eichenholz und Marmor, gibt das Kriegswirtschaftsamt in Brüssel aus militärischen Beständen frei und setzt die Preise für die Fertigfabrikate fest. Ein Vorstandsmitglied der Rohstoffgenossenschaft hat seinen dauernden Wohnsitz in Belgien, prüft die Güte und die Brauchbarkeit des verwendeten Materials und überwacht die Arbeit und den technisch richtigen Aufbau. Die Preise für die erste, freilich schon vergriffene Reihe aus Massivem Eichenholz gefertigten Möbel stellen sich wie folgt:

Schlafzimmer: 2 Betten, Nachtschischen, 1 Waschkommode mit Marmor und Spiegel, 2 Stühle, erstens mit zweiteiligem Schrank 1100 Mk., zweitens mit dreiteiligem Schrank 1178 Mk.

Küche: 1 oder 2 Schränke, 1 Tisch, 2 Stühle, je nach Anfertigung etwa 530 bis 900 Mk.

Die Preise sind für die heutige Zeit ganz außerordentlich billig. Dabei sind die Möbel in neutralem Stil gehalten und von hervorragender Schönheit.

Die Kriegsamtstelle bittet, nachstehend ihren etwaigen Bedarf anzumelden, die eingereichten Meldungen werden von hier der Rohstoffgenossenschaft der Möbel- und Dekorationsgeschäfte von Rheinland und Westfalen G. G. m. b. H., Köln a. Rhein, weitergegeben. Diese verteilt sie auf die der Genossenschaft angeschlossenen Möbelgeschäfte, die nach der örtlichen Lage des Werkes in Frage kommen. Von diesen Geschäften würden die Werke, nachdem die Möbel aus Belgien bei ihnen eingetroffen sind, zur Besichtigung und weiteren Behandlung eingeladen werden.

Die Werke haben in geeigneter Weise der Gefahr des Kettenhandels durch ihre Angestellten zu begegnen.

Mitteilungen, die nach dem 10. September eingeht, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Vorstand.

J. A. gez. Dr. Clafen.

Aus diesem Rundschreiben geht zunächst hervor, daß, gemäß auf die „ganz außerordentlich billigen Löhnerhältnisse“ in Belgien Möbel zu Preisen angeboten werden können, die jede deutsche Konkurrenz aus dem Felde schlagen.

Die Maßnahmen zur Möbelversorgung waren bisher unter dem Gesichtspunkt getroffen worden, daß in erster Linie für die Kriegsteilnehmer und den Kriegsgetrauten gesorgt werden müsse. Die Kriegsamtstelle Düsseldorf hält es für richtiger, in erster Linie die sogenannten kriegswichtigen Betriebe und deren Angestellte mit billigen Möbeln zu versorgen. Sie weist dabei selbst auf die Gefahr des Kettenhandels durch die als Käufer auftretenden Angestellten hin. Interessant wäre es, zu erfahren, ob und welche Sicherungen getroffen wurden, um zu verhindern, daß die Händler die billigen Möbel zu teuren Preisen verschleppen.

Anscheinend sind die Möbel, von denen in dem Rundschreiben die Rede ist, nicht die einzigen, die über deutsche Rechnung in Belgien angefertigt wurden. Die oben wiedergegebene Bemerkung über die „Hausrat-Gesellschaft“ legt die Annahme nahe, daß für die belgische Möbelindustrie noch sonstige deutsche Auftraggeber in Betracht kommen. Nebenbei bemerkt, werden auch von anderen besetzten Gebieten Möbel nach Deutschland geliefert; so ist uns beispielsweise bekannt, daß große Aufträge für Möbel nach Riga gegangen sind und dort ausgeführt werden.

Die Stellung der deutschen Holzarbeiter in dieser Frage bedarf nicht völlig mit der der Unternehmer. Diese vertreten mit besonderer Schärfe die Auffassung, daß die Aufträge für den örtlichen Bedarf auch am Ort selbst ausgeführt werden. Diesem Verlangen wollen wir nicht direkt widersprechen, aber wir können ihm nur bedingt zustimmen. Auch die auswärtige Industrie hat ihre Erstlingsberechtigung. Dagegen bekämpfen auch wir auf das schärfste das System, den Auftrag dem Mindestfordernden zu erteilen. Das ist ein kurzfristiger Auftraggeber, der nur nach dem niedrigen Preis heßt und dem Billigsten unter allen Umständen den Zuschlag gibt. Betriebe, in welchen den Arbeitern anständige Arbeitsbedingungen gewährt werden, und in denen saubere und gute Arbeit geleistet wird, brauchen deshalb, weil sie ihren eigenen Bestand haben, bei der Zerteilung der Aufträge nicht von vornherein übergegangen zu werden.

Dem ist auch unsere Stellung zu der Lieferung von Möbeln aus Belgien gegeben. Wir können uns nicht zu der Auffassung bekennen, die in dem uns vorliegenden Bericht von der Versammlung der Berliner Handwerkskammer zum Ausdruck kommt, wonach man sich darüber entscheidet, daß man den Auftrag nach Belgien an die dortigen „fröhlichen arbeitssüchtigen Handwerker“ gegeben habe. Dieses Moment darf bei der Beurteilung der Frage nicht in Betracht kommen. Wichtig ist dagegen der Umstand, daß die belgischen Arbeiter recht ungünstige Arbeitsbedingungen haben, und daß unserer Industrie dort, gestützt auf diese ungünstigen Arbeitsbedingungen, eine empfindliche Konkurrenz gemacht wird. Deshalb ist es erstrebenswert, zu erfahren, daß die Organisation der belgischen Holzarbeiter noch am Leben ist, und daß sie sich bemüht, Verbesserungen zu erzielen. Wir würden unseren belgischen Kollegen in diesem Kampf den besten Erfolg bringend zu wünschen haben, daß die Stellen in Deutschland, die Aufträge nach Belgien vergeben, nicht nur auf den billigen Preis sehen, sondern auch darauf achten, daß dort zu anständigen Bedingungen produziert wird.

Soziales.

Das Reichsarbeitsamt.

Die Neubildung der Reichsregierung vollzieht sich nur langsam. Das hängt damit zusammen, daß es sich nicht nur darum handelt, neue Männer zu finden, sondern daß die Bedeutung der Regierungsgeschäfte eine durchgreifende Aenderung erfahren hat. Bisher gab es eigentlich nur einen verantwortlichen Reichsminister, den Reichskanzler. Die an der Spitze der einzelnen Reichsämter stehenden Staatssekretäre sind dem Reichskanzler untergeordnet; eine selbständige Regierungsgewalt übten sie innerhalb ihres Ressorts nur als Vertreter des Reichskanzlers aus. Eine kleine Aenderung hat dieser Zustand im vorigen Jahr erfahren, als dem Reichskanzler Grafen Hertling als Vizekanzler der Volksparteiler Bayer beigegeben wurde. Dieses System ist jetzt fortgebildet worden. Neben dem Prinzen Max von Baden als Reichskanzler und dem Vizekanzler Bayer wirken als Staatssekretäre ohne Portefeuille Vertrauensmänner der Mehrheitsparteien, nämlich die Abgeordneten Erber und Erberger vom Zentrum, Hausmann von der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokrat Scheidemann. Diese Männer bilden das engere Kabinett, sie besorgen gemeinsam die Regierungsgeschäfte, welche bisher der Reichskanzler allein erledigte.

Außerdem sind an die Spitze einer Reihe von Reichsämtern Abgeordnete als Staatssekretäre berufen worden und andere Abgeordnete wurden zu Unterstaatssekretären, also gewissermaßen zu Gehilfen des Staatssekretärs ernannt. Diese Berufungen sind noch nicht ganz abgeschlossen, und die in Betracht kommenden Männer, die nicht mehr wie seither ihr Amt als einen Gnadenbeweis des Kaisers empfangen, sondern die von ihrer Fraktion bestimmt werden, nachdem sich die Fraktionen untereinander über die Verteilung der Ämter verständigt haben, sind vorerst nur zur kommissarischen Verwaltung ihres Amtes berufen. Der endgültigen Ernennung muß eine Aenderung der Verfassung vorausgehen, denn abweichend von dem seitherigen Zustand, sollen die Mitglieder der Regierung ihr Reichstagsmandat beibehalten. Zu den sozialdemokratischen Mitgliedern der neuen Regierung gehören außer Scheidemann der Abgeordnete David, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ist, und unser Verbandstollege, der Abgeordnete Robert Schmidt, als Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt. Der schon früher in die Regierung berufene Genossenschaftler August Müller, der zuletzt Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt war, hat einen gleichen Posten im Reichswirtschaftsamt übernommen. Eine für die Arbeiter-schaft besonders wichtige Neuschöpfung aber ist die Einrichtung des Reichsarbeitsamts. Als Staatssekretär zur Leitung dieses Amtes ist der zweite Vorsitzende der Generalkommission, Gustav Bauer, berufen worden, dem als Unterstaatssekretär der christliche Gewerkschaftsführer Giesberts beigegeben wurde.

Das neue Reichsarbeitsamt ist durch Auflösung bestimmter Arbeitsgebiete vom Reichswirtschaftsamt entstanden, wie dieses vor nicht langer Zeit aus dem umfangreichen Ressort des Reichsamts des Innern herausgeschält wurde. Neben dem Reichsarbeitsamt zugewiesenen Aufgaben heißt es in einer halbamtlichen Rundgebung, daß ihm in erster Linie die beiden sozialpolitischen Abteilungen des Reichswirtschaftsamts unterstellt sind. Außerdem gehören zu seinem Arbeitsgebiet: Angelegenheiten des Gewerbesewesens (Gewerbeordnung) einschließlich Kinogeseß, Bühnengeseß, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe, Berufsvereine, Handlungsgehilfen, Privatangelegenheiten (mit Ausnahme ihrer Versicherungen), Vertriebsstellen, Techniker, Tarifverträge, Arbeiterkammern, Einigungswesen, Koalitionsrecht, Verhältnisse des Arbeitsmarktes, Arbeitsnachweises, Arbeitslosenfürsorge und -vermittlung, Sparcassenwesen, Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, Lotterien und Spielbanken, Volkszählungen sowie die ständige Ausstellung für Arbeiterwohl-fahrt, ferner die Bearbeitung der Fragen des Versicherungswesens mit der Arbeiterversicherung, besonders Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter, Versicherung der Angestellten (Reichsversicherungsgesetz und Reichsversicherungsgesetz für Angestellte), Kriegswochenhilfe, privates Versicherungswesen, (Aussichtsarbeiter für Privatversicherung), Pensionsklassenwesen, Haftpflichtgeseß, Wohlfahrtsanstalten im allgemeinen, Jugendfürsorge, Kriegswohlfahrtsfürsorge (Reichsbeihilfen), soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge und Zusatzrenten im vaterländischen Hilfsdienst sowie Wohnungs-fürsorge.

Aus dieser Aufzählung ergibt sich, daß viele wichtige Arbeiterfragen zu dem Ressort des aus den Gewerkschaften hervorgegangenen Staatssekretärs gehören. Das bedeutet natürlich nicht, daß alle in Betracht kommenden Gesetze sofort im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen umgearbeitet werden. Die Notwendigkeit, gründlich zu reformieren, ist allerdings auf vielen Gebieten vorhanden, die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen erfordert aber Zeit; man wird sich auch unter der neuen Leitung gedulden müssen. Aber diese wird doch in vielen Fällen Gelegenheit haben, zu beweisen, daß ein neuer Geist in das Reichsamt für Sozialpolitik eingezogen ist.

In einer Hinsicht besonders bedeutet die Errichtung eines Reichsarbeitsamts unter der Leitung hervorragender Gewerkschaftler die Abkehr von einem bisher verfolgten verkehrten Kurs, nämlich in Sachen der Arbeiterkammern. Die seitherige Regierung hat die gewerkschaftlichen Forderungen hinsichtlich der Gestaltung der zu errichtenden Arbeiterkammern als unannehmbar bezeichnet. Nun ist ein Vertreter der freien Gewerkschaften Staatssekretär und ein christlicher Gewerkschaftsvertreter Unterstaatssekretär in dem Reichsamt, dem die Wahrnehmung des Regierungsstandpunktes in dem Ressort obliegt, zu dem das Arbeiterkammer-geseß gehört. Das besagt praktisch, daß der seitherige Regierungsentwurf zurückgezogen ist. An seine Stelle wird der von den Zentralstellen der verschiedenen Gewerkschafts-richtungen gemeinsam ausgearbeitete Entwurf treten, der vor-aussichtlich auch vom Reichstag angenommen werden wird.

Die Arbeiterschaft darf dem neuen Reichsarbeitsamt Vertrauen entgegenbringen; seine Leiter werden gewiß alles tun, um den Wünschen der Arbeiterschaft gerecht zu werden. Die Machtvolle eines Staatssekretärs ist aber nicht unbegrenzt; wir erwarten von ihm, daß er der unberechtigten Benachteiligung der Arbeiter entschieden entgegenzutreten wird, aber er wird sich auch bemühen müssen, die Wünsche der Unternehmer objektiv zu beurteilen. Man hat bisher mit Recht die Regierung als den Vollzugsausführer der herrschenden Klassen bezeichnet. Soweit das Reichsarbeitsamt in Frage kommt, wird man das künftig nicht mehr sagen dürfen, aber die Leitung des Amtes wird sich auch hüten müssen, in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen. Daraus ergibt sich, daß das Amt des Staatssekretärs sehr schwer und recht undankbar sein wird. Der Leiter des Reichsarbeitsamts muß damit rechnen, daß er es keiner Partei recht machen wird.

Diese Aussicht darf aber die Initiative des neuen Amtes nicht lähmen. Ein Blick auf seinen Aufgabenzirkel zeigt, daß hier eine Menge wichtiger Probleme in Betracht kommen, die mit großer Schnelligkeit gelöst werden müssen. Gerade in der Uebergangszeit, die sich voraussichtlich noch viel schwerer gestalten wird, als man früher angenommen hat, wird der aus dem Arbeiterland hervorgegangene Staatssekretär beweisen müssen, daß er seiner Aufgabe gewachsen ist. An die Tätigkeit des neuen Staatssekretärs wird von allen Seiten ein sehr strenger Maßstab der Kritik gelegt werden, die Arbeiter insbesondere werden seine Leistungen sehr aufmerksam verfolgen. Nicht darauf kann es uns ankommen, daß die Leitung der deutschen Sozialpolitik jetzt in den Händen eines Angehörigen der Arbeiterschaft liegt, nicht auf die Herkunft des Staatssekretärs, sondern auf sein Wirken kommt es uns an. Wir sehen seinen Taten mit hochgespannten Erwartungen entgegen; hoffen wir, daß diese Erwartungen nicht enttäuscht werden.

Die Arbeitersekretariate im Jahre 1917.

Die Generalkommission veröffentlicht in der Statistischen Beilage des „Correspondenzblattes“ die Statistik der Arbeitersekretariate. Danach hat sich, aller Schwierigkeiten ungeachtet, die Zahl der Sekretariate während des Krieges auf der gleichen Höhe gehalten. Im Jahre 1917 bestanden 130 Sekretariate, ebensoviel wie im Vorjahr, und ebenso sind, wie im Vorjahr, 119 an der Statistik beteiligt. Die berichtenden Sekretariate verzeichnen zusammen eine Ausgabe von 630 602 Mark, sie übersteigt die des Vorjahres um 54 287 Mk. Von der Ausgabe wurden 315 425 Mk. aus den Kartellkassen, 40 601 Mk. aus direkt für die Sekretariate geleisteten Beiträgen und 40 257 Mk. aus den Kassen der beteiligten Organisationen gedeckt. Die Generalkommission leistete an 38 Sekretariate zusammen 95 588 Mk. Zuschüsse. 26 Sekretariate erhielten Zuwendungen von Parteiorganisationen im Gesamtbetrage von 9092 Mk. und aus Staats- und Gemeindegeldern wurden 12 Sekretariate Beihilfen gewährt, die sich in einzelnen Fällen von 100 bis 4000 Mk. bewegen und zusammen die Summe von 12 800 Mk. ausmachen.

Die Tätigkeit der Arbeitersekretariate war im Jahre 1917 weniger umfangreich als im Vorjahr. An 511 763 (im Vorjahr 526 366) Auskunftsfindende wurden 544 521 (568 947) Auskünfte erteilt und 165 317 (175 203) Schriftsätze wurden angefertigt. Der größte Teil der Auskunftsfindenden, 93,2 Prozent, waren, wie das ja auch dem Zweck der Sekretariate entspricht, Arbeiter oder Angehörige von solchen; in 32 863 Fällen wurden die Sekretariate aber auch von Angehörigen anderer Bevölkerungsklassen, in 1795 Fällen von Behörden und Korporationen in Anspruch genommen. Während des Krieges hat die Inanspruchnahme der Sekretariate durch Frauen eine starke Steigerung erfahren. Im Jahre 1917 waren von allen Auskunftsfindenden 17 Prozent, 1917 dagegen 47 Prozent weibliche Personen. Diese Erscheinung ist verursacht durch die stark gestiegene Anteilnahme der Frau an dem Erwerbsleben und den Kriegsvorsorgemaßnahmen; wurden doch allein in Unterstützungsfragen für Familien von Kriegsteilnehmern 59 442 (gegenüber 34 223 im Vorjahr) Auskünfte erteilt. Von der Gesamtzahl der Auskunftsfindenden waren 53,8 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Über persönliche Vertretungen von Rechtsstreitigkeiten vor Versicherungsämtern, Gerichten und Verwaltungsbehörden liegen von 93 Sekretariaten Angaben vor. Bei diesen Vertretungen macht sich der Mangel an geeigneten Kräften und ihr Wechsel recht fühlbar. Es wurden 4274 Vertretungen ausgeübt, 1913 dagegen 6717. Von den Vertretungen erfolgten 2640 vor Versicherungsämtern, 584 vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, 358 vor Amtsgerichten und 566 vor Verwaltungsbehörden und -gerichten. Termine wurden 4271 wahrgenommen. Der Ausgang der vertretenen Rechtsfälle wurde den Sekretariaten nur in 24 216 Fällen bekannt; davon waren 18 271 erfolgreich und 5945 erfolglos. Da diese Angaben sehr unvollständig sind, lassen sich sichere Schlüsselfolgerungen aus diesen Angaben nicht ziehen.

In einer Reihe von Orten, in denen ein Arbeitersekretariat nicht erhalten werden kann, sind von den Gewerkschaften stellvertretend Auskunftsstellen eingerichtet. Die genaue Zahl der vorhandenen Auskunftsstellen läßt sich nicht feststellen, da immer nur ein Teil der vorhandenen berichtet. Jedenfalls hat sich die Zahl der Auskunftsstellen während des Krieges beträchtlich verringert; im Jahre 1917 haben noch 232 berichtet, für das Jahr 1917 aber nur 132. Von diesen haben 111 Stellen Angaben über ihre Auskunftsverteilung gemacht; die Gesamtzahl der Auskünfte belief sich auf 42 033. — Die Statistik liefert den Beweis, daß die von der Arbeiterschaft unterhaltenen Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen ihrer Aufgabe gerecht werden, und daß sie ein tatsächlich vorhandenes Bedürfnis befriedigen.

Schwerbeschädigte in der Industrie.

Von der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge wird uns geschrieben:

Auf dem Kongreß der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, der in Wien am 18. September 1918 abgehalten wurde, gab Herr Oberingenieur Dr. Deimann (Berlin-Oberschönweide) zum erstenmal Zahlen über die Gesamtzahl

der Schwerbeschädigten und der schwerbeschädigten Industrie-
 arbeiter, die wir zurzeit in Deutschland haben. Als Schwer-
 beschädigte wurden dabei alle die angesehen, die mit Renten
 von 50 Prozent und darüber zur Entlassung gekommen sind.
 Nach sorgfältiger Schätzung ergab sich für den 1. Juli 1918,
 daß in ganz Deutschland mit etwa 100 000 bereits entlassenen
 Schwerbeschädigten zu rechnen ist, und daß sich unter diesen
 etwa 45 000 Industriearbeiter befinden. Da nun in Deutsch-
 land insgesamt zum mindesten 8 Millionen männliche und
 weibliche Industriearbeiter vorhanden sind, so ergibt sich,
 daß demnach im Durchschnitt auf 180 gesunde Arbeitskräfte ein
 schwerbeschädigter Industriearbeiter entfällt. Aus dieser
 verhältnismäßig niedrigen Zahl ergibt sich, daß wir auch
 heute noch, trotz der schweren Verluste, die uns dieser Krieg
 gebracht hat, nicht mit einer Ueberflutung unserer Industrie
 durch Schwerbeschädigte zu rechnen brauchen, und daß die
 Wirtschaftlichkeit der Betriebe durch Einstellung dieser
 Schwerbeschädigten zurzeit noch nicht gefährdet wird. Das
 wird in Zukunft um so weniger der Fall sein, wenn die Be-
 triebsleiter darauf sehen, den Schwerbeschädigten geeignete
 und für sie passende Arbeit herauszufinden. Die Erfahrung
 lehrt, daß es möglich ist, schwerbeschädigte und selbst ampu-
 tierte Leute noch bei geeigneter Arbeitsauswahl so zu be-
 schäftigen, daß sie bis zu 1/2 der Leistung eines Gesunden
 auszuführen vermögen. Es wäre dann also bei 180 gesunden
 Arbeitskräften nur mit dem Ausfall von 1/2 einer Arbeits-
 kraft zu rechnen, was sicherlich nicht hinderlich für die Wir-
 tschaftlichkeit eines Betriebes in die Wege fällt, denn auch
 sonst bestehen die gesunden Arbeiter nicht immer aus nur
 vollwertigen Kräften. Manche Firmen lehnen allerdings
 Einstellung Schwerbeschädigter unter Hinweis darauf ab, daß
 sie Kriegsbeschädigte bereits in beträchtlicher Anzahl be-
 schäftigen. Die Beschäftigung der Leichtbeschädigten ist in-
 dessen meist kaum als ein wirtschaftliches Opfer, zumal bei
 dem heutigen Mangel an Arbeitskräften, anzusehen, und es
 sollte deshalb die Aufnahme von Leichtbeschädigten einen
 Betrieb nicht von der Einstellung Schwerbeschädigter ent-
 binden. Gerade aber gegen diese, die so besonders viel für
 uns tun und litten, haben wir deshalb auch besondere
 Pflichten der Dankbarkeit zu erfüllen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungs-
 nummer ist der 48. Wochenbeitrag für das
 Jahr 1918 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosig-
 keit im Monat Oktober ist spätestens bis zum 2. No-
 vember an uns einzusenden. Zahlstellen, die über keine Ar-
 beitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur
 mit Angabe der Mitgliederzahl am Monats-
 schluß ein.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als ver-
 loren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
 429386 Otto Rissebrint, Eschl., geb. 2. 1. 87 zu Willenberg.
 807269 Gertrud Timpel, Korbarb., l. 2. 97 zu Weisensels.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitzende.

Korrespondenzen.

Bremen. (Georg Althans gestorben.) Am
 14. Oktober starb der Kollege Georg Althans. Ein Veteran
 unseres Verbandes, der in 35jähriger Treue in unserer Or-
 ganisation mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften stets
 in den ersten Reihen gearbeitet und gestrebt hat. Als blut-
 junger Mensch, in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes,
 war er mit aufs eifrigste bestrebt, den Zusammenschluß der
 Berufskollegen zu fördern. In Rassel, Braunschweig und
 Magdeburg mußte er freilich erleben, daß diese kleinen An-
 stöße mit rauher Hand zerstückt wurden. Von Magdeburg
 wegen seiner Tätigkeit ausgewiesen, wandte er sich nach
 Bremen, um sich auch hier sofort an der Gründung eines
 Tischler-Fachvereins zu beteiligen. Die verschiedenartigsten
 Vertrauensstellungen bekleidete er während dieser Zeit in
 der Zahlstelle. Die letzten 3 1/2 Jahre seines Lebens war er
 im Bureau tätig, getragen von der Zuneigung der hiesigen
 Kollegen. Wie in der Gewerkschaft, so wirkte er auch in der
 Partei für Einigkeit und Geschlossenheit. Trotz aller An-
 feindungen, denen er deswegen hier ausgesetzt war, stand er
 aufrecht seinen Mann. Ein prächtiger Mensch ist mit ihm
 dahingegangen, dessen Andenken wir allezeit in Ehren
 halten werden.

Unsere Lohnbewegung.

Ein Glaslo der Mannheimer Scharfmacher.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben:
 Es ist kein Geheimnis, daß der Bezirksverband Mann-
 heim seit Jahren im Arbeitgeber-Schutzverband als Oppo-
 sition tätig war, und daß ihm die vom Arbeitgeber-Schutz-
 verband resp. dessen Leitung betriebene Vertragspolitik nicht
 passte. Die im August dieses Jahres abgeschlossene Verein-
 barung hat die ganze süddeutsche Gruppe unter der
 Führung der Mannheimer Scharfmacher als Anlaß benutzt,
 um durch Austritt aus dem Schutzverband sich der Verpflich-
 tung zur Gewährung der Zulagen zu entziehen.
 Die Vertreter der neuen Organisation schlugen bei den
 Verhandlungen große Töne an: „Man habe es endlich satt,
 daß von ein paar Dammelmännern als Hammelherde behan-
 delt zu lassen. Man wisse zwar, daß der Holzarbeiter-
 Verband die widerstandsfähigste Arbeiterorganisation sei,
 man fürchte sich aber deshalb nicht und werde den Kampf
 aufnehmen. Unter keinen Umständen werde der Süddeut-
 sche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe die Ver-
 einbarungen des Arbeitgeber-Schutzverbandes oder gar
 Mindestlöhne anerkennen. Jede Verkürzung der Ar-
 beitszeit werde rundweg abgelehnt.“
 Die Herrschaften sind aber bald heischen geworden.
 Bereits Mitte September mußte sich die Mannheimer
 Arbeitgeber zur Anerkennung der vom Arbeitgeber-Schutz-
 verband bewilligten Teuerungszulagen und zur Erhöhung der

Mindestlöhne um diesen Betrag bequemen. Dann folgte
 § 8 St. G. B., wo die Zulagen ab 19. August gezahlt werden. Am
 27. September fällte der Freiburger Schlichtungsaus-
 schuß einen Schlichtungsbescheid, wonach die in Nürnberg verein-
 barten Teuerungszulagen ab 19. August und 15. Dezember
 gezahlt sowie die in der Vereinbarung festgesetzten Mindest-
 löhne gewährt werden müssen. Am 4. Oktober fällte der
 Karlsruher Schlichtungsaussschuß einen Schlichtungsbescheid,
 durch den die dortigen Arbeitgeber verpflichtet sind, die mit
 dem Arbeitgeber-Schutzverband getroffenen Vereinbarungen
 vollinhaltlich anzuerkennen. In Rastatt zogen es die
 Arbeitgeber vor, sich gar nicht erst vor den Schlichtungs-
 ausschuß zitieren zu lassen; sie zahlten die Zulagen freiwillig.
 In Doss haben die Firmen ebenfalls die erste Rate auf das
 Drängen unserer Kollegen ausgezahlt und eine Verkürzung
 der Arbeitszeit bis zu 5 Stunden pro Woche vorgenommen.

Nur in Baden-Baden glauben ein paar kleine
 Firmen noch Widerstand leisten zu müssen, den sie aber auf
 Grund der bisher gefällten Schlichtungsbescheide bald aufgeben
 werden. Die Badener Meister sind unter die schützenden
 Fittiche des „Süddeutschen“ geflüchtet, trotzdem diese
 nach einem Ausspruch ihres Vorsitzenden in ihrem Verband
 die Kleinen gar nicht haben wollen. Diese gehören nach der
 Meinung des Herrn Direktors Hoffmann und seines Syn-
 dikus in den Arbeitgeber-Schutzverband, der zu einer rein
 kleingewerblichen Vertretung geworden sei, während der
 Süddeutsche Verband nur die Industrie vertreten will.

So ist die große Aktion zu einer gründlichen Blamage
 für die Macher geworden. Wie das selbst vom Syndikus
 empfunden wurde, geht aus einer Äußerung hervor, die der
 Herr in Karlsruhe machte. Als Entschuldigung für seinen
 Reifall erklärte er: „Es sei eben eine undankbare

Nacht es nach!

Aus einer kleinen Zahlstelle in Bayern ging dem
 Verbandsvorstand folgender Bericht zu:

Teile Euch mit, daß in unserer Zahlstelle die
 Teuerungszulage von 30 Pf. ohne Schwierigkeiten
 durchgegangen ist. Wir halten eben fest zu-
 sammen. Mehrere Aufnahmen haben wir auch
 wieder gemacht. Mit kollegialem Gruß A. B.

Aufgabe, eine schlechte Sache zu vertreten.“
 Am liebsten wäre es ihm, wenn er mit der Holzindustrie
 nichts zu tun hätte. Wie anders klang es anfangs. Da ging
 man mit fliegenden Fahnen in einen frisch-fröhlichen Kampf
 mit dem Holzarbeiter-Verband.

In seiner Wut ließ sich der Syndikus dann in Karlsruhe
 noch zu einer niedlichen Demunziation hinreißen, indem er
 die Behauptung aufstellte, daß die Arbeiter in Mannheim
 einen von der Kriegsamstunde gemachten Vermittlungsvor-
 schlag auf Befehl ihres Gewerkschafters ablehnen mußten. Auf
 die Feststellung, daß der Gewerkschafter in dieser Versammlung
 gar nicht anwesend war, zog er sich auf die Behauptung
 zurück, daß der Arbeiterausschuß die Erklärung abgegeben
 habe, daß die Verhandlung ihnen die Zustimmung ver-
 boten habe. Nachdem er vorher schon vom Vorsitzenden des
 Schlichtungsausschusses ermahnt worden war, sich mehr an
 Tatsachen zu halten und nicht mit offensichtlichen Unwahr-
 heiten zu operieren, wurde auch diese Behauptung nicht ernst
 genommen.

Alles in allem, ein klägliches Fiasko! Ob die Herren in
 Mannheim wohl daraus lernen werden? Geradezu be-
 lustigend wirkte auch der wiederholte Versuch des Syndikus,
 den Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe als un-
 bedeutende Organisation und seinen Verband als den Retter
 der Holzindustrie aus der verderbenbringenden Politik des
 Arbeitgeber-Schutzverbandes hinzustellen. Dabei stellten wir
 fest, daß dem Arbeitgeber-Schutzverband Firmen angehören,
 von denen eine allein soviel Leute beschäftigt wie fast die
 Gesamtheit der Mitglieder des Mannheimer Verbandes.

Unsere Kollegen in Baden werden sich darauf gefaßt
 machen müssen, daß die Scharfmacher vom Süddeutschen
 Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe bei passender Ge-
 legenheit einen erneuten Vorstoß auf die mit beiderseitigen
 großen Opfern geschaffene Tarifgemeinschaft unternehmen
 werden; wollen sie doch ihren Mitgliedern unter allen Um-
 ständen beweisen, daß die Holzindustriellen bei ihnen besser
 aufgehoben sind als in einer anderen Organisation. Uns
 sollen sie bei solchen Versuchen stets gerüstet finden. G.

Neue Teuerungszulage in Berlin.

In Berlin ist die letzte Teuerungszulage noch vor dem
 Abschluß der zentralen Vereinbarung vom 21. August durch
 unmittelbare Verständigung zwischen den örtlichen Par-
 teien erzielt worden. Hiernach erhielten die Berliner Kol-
 legen am 1. Juli 15 Pf. und am 15. August weitere 10 Pf.
 Zulage.

Inzwischen ist eine neue Bewegung eingeleitet worden.
 Die mit den vereinigten Arbeitgeberverbänden für das Ber-
 liner Holzgewerbe gepflogenen Verhandlungen führten am
 14. Oktober zum Abschluß der folgenden Vereinbarung:

In allen Betrieben der Berliner Holzindustrie erfolgt
 ab 15. Oktober 1918 eine weitere Teuerungszulage an alle
 Lohn- und Akkordarbeiter von 10 Pf. pro Stunde.

Alle Lohn- und Akkordarbeiterinnen erhalten ab 15. Ok-
 tober 1918 eine weitere Teuerungszulage von 5 Pf. pro
 Stunde.

Ab 14. Dezember 1918 erhalten alle Lohn- und Akkord-
 arbeiter eine abermalige Zulage von 5 Pf. pro Stunde,
 alle Lohn- und Akkordarbeiterinnen die Hälfte.

Nachdem eine am 16. Oktober abgehaltene Vertrauens-
 männerversammlung unseres Verbandes dieser Vereinbarung
 zugestimmt hat, ist dieselbe in Kraft getreten.

In Schmölln und Göhrich haben die Knopfabri-
 kanten der Arbeiterschaft auf ihre Eingabe um Erweite-
 rung der Teuerungszulagen 20 Prozent vom 7. Oktober an
 und weitere 15 Prozent vom 16. Dezember an zugewilligt, so
 daß nach diesem Termin die gesamte Teuerungszulage bei der
 Steinnußknopfabrikation 85 Prozent und bei der Hornknop-
 fabrikation 75 Prozent beträgt. Die wöchentliche Arbeitszeit
 wurde auf 54 Stunden festgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Nachdem erst kürzlich eine Vorstandskonferenz stattge-
 funden hat, wurden die Vertreter der Verbandsvorstände
 auf den 4. Oktober erneut nach Berlin geladen, um zu der
 veränderten politischen Lage Stellung zu nehmen. An die
 Generalkommission war die Aufforderung ergangen, einen
 Gewerkschaftsvertreter für die Leitung des Reichsarbeits-
 amts vorzuschlagen. Die Wahl hätte auf der Vorstände-
 konferenz vorgenommen werden sollen; da die Sache aber
 drängte, hatte die Generalkommission den Beschluß vorweg-
 genommen und ihren zweiten Vorsitzenden, den Genossen
 Bauer, präsentiert, der inzwischen auch zum Staats-
 sekretär ernannt worden ist.

Auf der Konferenz stimmten alle Redner darin überein,
 daß die Arbeiterschaft sich dem Eintritt in die Reichsregie-
 rung nicht entziehen durfte. In der Personenfrage traten
 zwar Abweichungen zutage, doch stimmte schließlich die Kon-
 ferenz einmütig dem Eintritt Bauers in das Reichsarbeits-
 amt zu. Auch die Mitteilung, daß Robert Schmidt für das
 Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamt aus-
 ersehen sei, rief große Befriedigung hervor. Die Unruhe,
 zur Aufklärung über die außerordentliche Situation und
 über die innere Umgestaltung ein Flugblatt herauszugeben
 und in Massen zu verbreiten, wurde mit dem Hinweis, daß
 es Aufgabe der Gewerkschaftspressen sei, über die gegenwär-
 tige Lage die Arbeiterschaft zu informieren, fallengelassen.

Aus der Teilnahme der Arbeiterschaft an der Regierung
 ergibt sich für die innere Neuorientierung eine Reihe von
 Problemen, zu denen früher oder später noch eingehend
 Stellung genommen werden muß. Die Konferenz war der
 Meinung, daß, sobald solche Fragen als dringlich eintreten,
 sofort eine neue Konferenz einzuberufen sei. Die Anstellung
 von Ersatzkräften solle der Generalkommission zur Bor-
 prüfung überlassen werden, die der nächsten Vorstandskonfe-
 renz geeignete Vorschläge machen werde. Bauer werde für
 die Dauer seiner Reichsstellung von seiner Anstellung in der
 Generalkommission entbunden; sein Rücktritt in die bis-
 herige Stellung werde ihm offengehalten. Er bleibe auch
 fernerhin Mitglied der Generalkommission und werde in
 dieser Eigenschaft an deren Sitzungen teilnehmen. Die Kon-
 ferenz stimmt diesen Auffassungen zu.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1917.

Die christlichen Gewerkschaften veröffentlichten ihren
 Jahresabschluss für das Jahr 1917. Seine Betrachtung über
 die Mitglieder- und Massenverhältnisse leitet das christliche
 „Zentralblatt“ mit der Bemerkung ein, daß die christlichen
 Gewerkschaften während des Jahres 1917 eine verhältnis-
 mäßig so starke Mitgliederzunahme zu verzeichnen hätten,
 wie keine der übrigen großen deutschen Gewerkschaftsrich-
 tungen. Im Jahresdurchschnitt ist die Mitgliederzahl der
 angeschlossenen Verbände von 174 300 auf 243 865 oder um
 rund 40 Prozent gestiegen. Noch weit höher ist der Gewinn,
 wenn man die Mitgliederzahlen am Jahreschluß vergleicht.
 Ende 1916 zählten die christlichen Gewerkschaften 178 907,
 Ende 1917 aber 283 187 Mitglieder. Das ist eine Zunahme
 von 114 280 oder 64 Prozent.

In der nachfolgenden Tabelle haben wir die Mitglieder-
 zahlen der einzelnen Verbände am Schluß des Jahres 1913
 neben die von den Jahren 1916 und 1917 gestellt.

Organisation	Mitgliederzahl am Jahreschluß			Weibl. Mitglie- der im Jahres- durch- schnitt 1917
	1913	1916	1917	
Bergarbeiter	63129	34765	63761	—
Metallarbeiter	41013	20176	62604	4128
Deutsche Eisenbahner	27323	22713	32822	3324
Bayerische Eisenbahner	28657	22794	22981	—
Textilarbeiter	37109	14511	18829	9424
Heimarbeiterinnen	8379	16106	17100	16676
Bayerischer Postverband	—	10874	10764	—
Fabrik- und Transportarbeiter	11220	3936	9139	2056
Bauarbeiter	42441	7102	9113	—
Württembergische Eisenbahner	4099	4060	6112	124
Holzarbeiter	17669	3343	6015	372
Keram- und Steinarbeiter	3539	1497	4877	295
Militärhandwerker u. -arbeiter	2716	1868	4867	1945
Forst-, Land- u. Weinbergsarb.	3576	3273	4836	359
Telegraphenarbeiter	2990	713	3897	890
Tabakarbeiter	6444	2923	3177	2189
Gemeindearb. u. Straßenbahner	4513	1857	2889	398
Schneider	4999	1244	2222	1116
Gutenbergsbund	3440	1382	1289	—
Fördermaschinenverband	—	—	1067	—
Lederarbeiter	6991	866	974	244
Deutscher Angestelltenverband	—	357	576	—
Nahrungs- u. Genussmittelarb.	3926	559	807	192
Graphischer Zentralverband	2737	530	635	215
Krankenspieler	1991	556	580	380
Gasthausangestellte	3637	595	572	89
Waler	4065	370	382	—
Gärtner	1032	—	—	—

Zusammen 341735 178907 293187

Hiernach haben fast alle Verbände im Jahre 1917 einen
 Mitgliederzuwachs erfahren; bei einigen Verbänden, z. B.
 bei den Bergarbeitern und besonders bei den Metallarbei-
 tern, ist der Zuwachs so groß, daß der Stand vor dem Krieg
 wieder überschritten ist. Die Zahl der beim Heer befindlichen
 Mitglieder wird auf 150 000 geschätzt. Werden diese mit-
 gezählt, dann ergibt sich eine Zahl, welche die höchste vor dem
 Krieg erreichte Mitgliederzahl wesentlich übersteigt.

Nicht beträchtlich ist auch die Zunahme der weiblichen
 Mitglieder. Die christlichen Gewerkschaften zählten im
 Jahresdurchschnitt 1913 27 623 weibliche Mitglieder. Die
 ersten Kriegsjahre brachten einen Rückgang, im Jahre 1915
 wurden nur noch 24 243 gezählt. Im folgenden Jahr stieg
 die Zahl der weiblichen Mitglieder auf 28 764, und im Jahre
 1917 ist sie auf 44 416 angewachsen.

Eine günstige Entwicklung hat im verflossenen Jahr auch das Rassenwesen genommen. Die Gesamteinnahmen sind von 3 231 432 Mk. im Jahre 1916 auf 4 720 202 Mk. im Jahre 1917 gestiegen. Die Ausgaben erhöhten sich von 2 901 243 Mk. auf 3 611 375 Mk. Der Vermögensbestand stieg von 8 850 536 Mk. auf 9 902 536 Mk.; das entspricht etwa dem Stand vor dem Krieg.

Diese Zahlen berechtigen in der Tat die christlichen Gewerkschaften, mit Befriedigung auf das Jahr 1917 zurückzublicken. Der Traum, der ihren Gründern vorschwebte, daß die christlichen Gewerkschaften bald die stärkste Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bilden würden, ist allerdings nicht in Erfüllung gegangen. Zwar haben sie die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine weit überflügelt, aber nach wie vor sind die freien Gewerkschaften die weitaus stärkste Organisationsgruppe, welche die anderen zusammen genommen in ihrer Mitgliederzahl um ein mehrfaches übertrifft. Es ist jetzt nicht die Zeit, die Gegensätze, die zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen bestehen, zu unterstreichen. Wichtige Aufgaben sind zu lösen, die das verständnisvolle Zusammenarbeiten aller Gewerkschaftsrichtungen notwendig machen, und diese Notwendigkeit ist von allen Seiten anerkannt worden. Aber das Zusammenwirken der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen darf nicht dazu führen, die Agitation für die eigene Organisation hintanzustellen. Die christlichen Gewerkschaften entfalten, wie ihre Erfolge im Jahre 1917 zeigen, eine eifrige Tätigkeit, die aber für die freien Gewerkschaften nur ein Anstoß sein kann, ihre eigene Wertarbeit mit dem erforderlichen Eifer fortzusetzen.

Ein Glückwunsch der schwedischen Gewerkschaften.

Der Generalkommission ging folgendes, Stockholm, den 16. Oktober, datiertes Telegramm der schwedischen Landeszentrale zu:

Wir senden Euch unsere herzlichsten Glückwünsche zu dem demokratischen Durchbruch, der, wie wir hoffen und wünschen, zur Beendigung des Weltkrieges und zur Schaffung eines dauernden Friedens beitragen soll, was in der ganzen Welt und nicht am wenigsten in den neutralen Ländern, besonders unter den Arbeitern ersehnt wird.

Ueber die Mitwirkung der Gewerkschaften Deutschlands an diesem Ziel und über ihre direkte Teilnahme an der Regierungsbildung durch den Eintritt von Gewerkschaftern in die Regierung sowie über die Aufnahme der Frage des internationalen Arbeiterschutzes entsprechend den Forderungen

der Berner Konferenz in das Programm dieser Regierung empfinden wir eine lebhafteste Befriedigung.

Die Zeit für den Zusammentritt der gewerkschaftlichen Internationalen zu einer Konferenz wird wohl bald gekommen sein, auf der die angeschlossenen Gewerkschaften aller Länder vertreten sein werden, um die Beschlüsse der Konferenzen zu Leeds und Bern zu fördern.

Für die Landeszentrale Schwedens:
Herm. Lindequist, Vorsitzender.

Literarisches.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter ist das Oktoberheft erschienen. Es bringt Arbeiten nach Entwürfen des Architekten Heidrich, die in den Werkstätten von Bernard Stadler in Norderborn angefertigt sind. Ein Aufsatz über Möbel für Kriegsgetraute mit 14 Abbildungen ist sehr zeitgemäß. N. Anger schreibt über „Italienische Türen des 1. Jahrhunderts“, während August Flemming mit dem Artikel über „Fugendichte Fußböden“ aus der Praxis schöpft. Das Heft ist, wie immer, reich illustriert.

Das Fachblatt kostet vierteljährlich 1,50 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltung für 1,25 Mk.

Was hat der heimkehrende Kriegsteilnehmer zu denken? Praktischer Wegweiser für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer zur Wiedereinführung ins bürgerliche Leben und zur Geltendmachung ihrer Ansprüche und Rechte. Herausgegeben von J. Fehle. Bayerischer Kommunalchriften-Verlag, München. Preis 2,05 Mk.

Ein sehr wertvolles Buch. In knapper und übersichtlicher Weise gibt es auf alle Fragen Auskunft, die den heimkehrenden Krieger interessieren. Nicht nur die verschiedenartigen militärischen Versorgungsansprüche sind berücksichtigt, sondern auch alles, was der heimkehrende Krieger zur Einordnung in das Wirtschaftsleben notwendig hat. Die Anschaffung des verhältnismäßig billigen Buches kann allen Interessenten empfohlen werden.

„Hier Genjur — wer dort?“ Unter diesem Titel gibt der bekannte Literaturhistoriker Prof. Dr. Soubien im Verlag J. F. Schönschans in Leipzig soeben eine Geschichte der Genjur heraus (3,60 Mk., geb. 5 Mk.). Das Büchlein bietet in Form von Charakteristiken Anekdoten farbenlustige Miniaturbilder und erhellende schwarze Schattenrisse aus der „guten alten Zeit“ — reizende Arabesken zu einem viel-

berufenen Text des Tages oder, wie der Verfasser sagt, „Antworten von gestern auf Fragen von heute“. Das Umschlagbild zeichnete Th. Th. Heine.

Das Sägewerk und seine Nebenbetriebe. Praktische Hilfsbuch für Sägewerksunternehmer, Betriebsbeamte und Holzhandlungen. Von Friedrich Steinhilber. Vierte, neu bearbeitete Auflage. Verlag von Fr. Bassermann, München. Preis gebunden 6,80 Mk.

Das Buch ist ein wertvoller Ratgeber für die Einrichtung, Instandhaltung und zweckmäßige Ausnutzung eines Sägewerks. Der Verfasser bespricht alle Fragen der Praxis: die technische Einrichtung, die Auswahl der Maschinen und deren zweckmäßige Behandlung; sehr eingehend erörtert er auch die Kalkulation, die gerade im Sägewerksbetrieb eine wichtige Rolle spielt. Nicht nur Sägewerksbesitzer, auch die Arbeiter werden darin manche wertvolle Anregung finden.

Handbuch des guten Tonens und der feinen Sitte. Von Konstanze von Franken. 26. verbesserte Auflage. 304 Seiten. Preis vornehm gebunden 4,75 Mk. Mag. Heffler, Verlag, Berlin W. 15.

Guter Ton und feine Sitte sind Dinge, auf welche in den Kreisen der Arbeiter im allgemeinen kein großes Gewicht gelegt wird. Immerhin wird es manchmal Gelegenheiten geben, wo es recht erwünscht ist, sich über die Anforderungen des guten Tonens zu unterrichten. Als Geschenk zum Geburts- oder Namenstag oder zu Weihnachten ist das Buch besonders geeignet.

Allgemeine Kranken- und Sterbelasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Erstklassige. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg

Bekanntmachung.
Die obenbenannte Krankenkasse macht hiermit bekannt, daß ihre allgemeinen Bestimmungen über die Wiederherstellung von Versicherungen, gemäß der Bundesratsverordnung über die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen vom 20. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 1121), vom Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung am 2. Oktober 1918 genehmigt sind. Die Versicherungen solcher Mitglieder, die dieselbe durch die Folgewirkung des gegenwärtigen Krieges aufgeben mußten, wird daher wieder hergestellt.

Die Bestimmungen hierüber liegen bei der Hauptkassendirektion in Hamburg, Al. Schwandestraße 27, und in den örtlichen Verwaltungsstellen aus. Der Vorstand.

Gestorbene Mitglieder.

- Georg Bergmann, Tischler, 64 J., gest. in Stettin.
- Hermann Berger, Wagner, 30 J., gest. in Mannheim.
- Wilhelm Waga, Drechsler, 56 J., gest. in Ludenwalde.
- Herm. Tschin, Tischler, 68 J., gest. in Rathenow.
- Herm. Lucas, Tischler, 57 J., gest. in Rathenow.
- Herm. Müller, Tischler, 60 Jahre, gest. in Naumburg.
- Aug. Bals, Korbmacher, 52 J., gest. in Brandenburg.
- Aug. Müller, 30 J., gest. in Eisleben.
- Gertrud Hache, 22 Jahre, gest. in Mühlberg (Elbe).
- Andr. Cauer, Stuhlbauer, 59 Jahre, gest. in Waldheim.
- Ernst Richter, Tischler, 58 Jahre, gest. in Sauban.
- S. Gühlstorf, gest. in Rostock.
- Karl Trunsch, Tischler, 30 J., gest. in Garburg.
- Rich. Jehmlich, Tischler, 50 J., gest. in Brand-Erbisdorf.
- Heinz Haag, Schneidmüller, gest. in Pirna.
- Bruno Zeidler, gest. in Aignetendorf.
- Arthur Hohm, Tischler, 20 Jahre, gest. in Landsberg a. d. W.
- Eud. Will, gest. in Reutlingen.
- Valentin Seydler, Tischler, 64 J., gest. in Stettin.

Gestorbene Mitglieder.

- Karl Nehme, Tischler, 67 J., gest. in Magdeburg.
- Abolf Scholz, Stellmacher, gest. in Allgeringswalde.
- Heinrich Gläser, Knopfmacher, 62 J., gest. in Schmölla.
- Georg Baier, Bürstenmacher, 30 J., gest. in Schmölla.
- Gustav Weist, Tischler, 56 J., gest. in Freiburg (Schl.).
- Ernst Brettschneider, 56 Jahre, gest. in Jirsen bei Freiburg (Schl.).
- August Fehle, Holzarbeiter, 73 Jahre, gest. in Halle.
- Andreas Frey, Holzarbeiter, 26 J., gest. in Nürnberg.
- Ferdinand Meyer, Schreiner, 48 J., gest. in Nürnberg.
- Elise Walz, Bleistiftarbeiterin, 52 J., gest. in Nürnberg.
- Marie Schneider, Bleistiftarbeiterin, 60 Jahre, gest. in Nürnberg.
- Johann Cöer, Sägearbeiter, 57 J., gest. in Heudt.
- Bernhard Baumgartner, Schreiner, 60 Jahre, gest. in Frankfurt (Main).
- Karl Ciesliski, Schreiner, 45 Jahre, gest. in Köln.
- Ludwig Huber, Schreiner, 24 J., gest. in Dackau.
- Hermann Köllner, Tischler, 40 J., gest. in Stettin.
- Aug. Beder, 48 J., gest. in Eisleben.

Ehre ihrem Andenken.

15-20 Korbmacher

auf Werkstoffe gesucht. Material: Rohr, Zahnhölzer, Cerebtha.

Gesucht zwei Korbmacher

auf Grün- und Ber-Geschloß für sowie auf Reise- und Waschtische. Zahnhölzer, Hannover, Mikolstr. 7.

2 Korbmacher

auf Reise- und Waschtische gesucht. Ansprüche sind vor der Annahme zu stellen. Emil Gogulla, Kolonie Wellendorf, Bahnstation Ratibor-Sommer (Oberschlesien).

Gestellarbeiter

auf Weidenmöbel u. Reparatur sucht. Maxim Richter sen., Bönzen.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD

Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Bekandit von vielen Kriegsbefähigten-Fürsorgestellen - Auskult durch die Direktion: B. Kolkcher

Wir empfehlen:

Jahrbuch 1917

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Preis brosch. 5 Mk., geb. 5 Mk.

Den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes stellen wir das großzügige Exemplar zu 1 Mk. und das gebundene zu 3 Mk. Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.

Die Verlagsanstalt.

Fachblatt für Holzarbeiter

zu kaufen gesucht. Jahrgänge 1906, 1911 und 1912, und von 1912 die Hefte Nr. 1, 2, 3, 10, 11 u. 12. Wilhelm Daerwald, Stettin, Kaiser-Wilhelm-Straße 66.

Sportschlitten-Rufen!!

Eishe, gebogen, prima Ware.

100	120	140	160 cm	Belänge
4,-	4,50	5,-	5,75	Mk. für 1 Paar

Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 51.

Postfach 2000, Leipzig Nr. 34827

Werkzeug - Neuheiten.

Provision gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolzerstr. 31.

VERLAGSANSTALT DES DEUTSCHEN HOLZARBEITER-VERBANDES G.m.b.H.

Berlin SO., Am Koln. Park 2

Wir empfehlen: KARL MARX, DAS KAPITAL. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch. Volksausgabe. Gebunden 6,30 Mk.

AD. BRAUN, DIE GEWERKSCHAFTEN. Ihre Entwicklung und ihre Kämpfe. 1914. Gebunden 6,- Mk.

P. HIRSCHFELD, DIE FREIEN GEWERKSCHAFTEN in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896 bis 1906. Start 16,- Mk.

W. KULEMANN, DIE BERUFSVEREINE. Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder. 1908. 3 Bände. Gebunden (statt 20,- Mk.) 10,- Mk.

Tüchtiger Tischler

welcher in der Lage ist, einen mit Heereslieferung beschäftigten Betrieb zu leiten, sofort gesucht. Pianofabrik Aker, Jena.

Tüchtige Tischler

auf Büreaumöbel für unseren Fabrikneubau sofort gesucht. Fr. Kahn, Büreaumöbel-Fabrik, Berlin, Prenzlauerstraße 196.

Tüchtige Bodenmacher

zu sofortigem Eintritt gesucht. Richard Dipp & Sohn, Pianofortefabrik, Stuttgart, Mozartstraße 32.

Wir unsere Heereslieferungen suchen wir für sofort

tüchtige Tischler. Niederländische Möbelfabrik, Kämpfer am Deister.

Wir suchen für unsere Holzwerkstofffabrik

einem energiegeladenen Werkmeister. der solche, die bis jetzt in einer Holzwerkstofffabrik einen beratenden Posten ausgefüllt haben, werden sich unter Angabe der Gehaltsansprüche und ehehr. Eintritts melden an **Münchener Holzwerkstoff-Fabrik G.m.b.H., vorm. C. Schneider, München 8.**

Schreiner

auch Kriegsbeschädigte, gesucht. Karl Klais, Möbelfabrik, Speyer am Rhein.

Holzpolierer

auf Schiffe, Schirmstöße und Spazierstöcke sucht für dauernde Beschäftigung. Bernhard Kos, Berlin SO., Michaelstr. 20.

Tüchtige Drechsler

sofort gesucht. H. Reiber, Drechslermeister, Henssburg, Angelfürger Straße 6.

Tüchtige Hartgummidreher

(event. auch Kriegsbeschädigte), perfekt im Umwinden, per sofort gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen erbeten an **Rono Export Company G.m.b.H., München, Hermannstraße 36.**

10 Korbmacher

auf runde Geschloß fürbe stellen sofort ein **Calm & Ahlfeld, Korbwarenfabrik, Bernburg an der Saale.**

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schäferbund für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 12. Oktober, bis Freitag, 18. Oktober 1918.

A - Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B - Offene Arbeitsstellen. C - Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Familielt			Möbel-tischler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Zusammen		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
Berlin	8	35	57	5	61	25	64	16	24	2	7	30	79	158	5	270					
Bremen	1	1	7	4												8	5				
Breslau			3	10			3		2				1	1	6	1	4	21			
Celle																					
Cheamüh																					
Eilenburg				3												8		3	8		
Foth																					
Hamburg																					
Hannover																					
Herford																					
Leipzig																					
Lübeck	3			6			2												11		
Zusammen	9	4	35	67	28	61	25	5	64	16	2	24	2	8	51	6	88	170	45	280	
Dor. Woche	17	4	32	57	126	59	37	14	65	18	8	22	5	1	5	67	12	89	201	135	273

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.